

Kleines Glossar des Ukrainekonflikts

Krim: Die mehrheitlich russisch besiedelte Halbinsel Krim wurde 1991 eine autonome Republik im Staatsverband der Ukraine und erhielt weitgehende Autonomierechte. Nach der völkerrechtswidrigen russischen Annexion von 2014 fand ein umstrittenes Referendum statt, bei dem 97 % der Wahlbevölkerung der Krim für einen Beitritt zu Russland stimmten. Im Hafen Sewastopol ist ein Teil der russischen Schwarzmeerflotte stationiert.

Euromaidan: monatelange Proteste auf dem Platz (Maidan) der Unabhängigkeit in Kiew und anderen Städten 2013/2014 gegen Präsident Janukowitsch, der sich weigerte, ein EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Janukowitsch musste gehen, einige Reformvorhaben wurden auf dem Weg gebracht. Korruption ist nach wie vor ein ungelöstes Problem.

Donbass-Region / Konflikt in der Ostukraine (seit 2014): bewaffneter Konflikt in Teilen der Oblasten Donezk und Luhansk zwischen von Russland unterstützten Separatisten und der ukrainischen Armee. Russland wurde wiederholt beschuldigt, mit eigenen Truppen aktiv einzugreifen. Einige Gebiete werden von den Rebellen kontrolliert. Internationale Vermittlungsversuche zur Beilegung des Konflikts scheiterten. In den Grenzregionen zu Russland ist die Alltagssprache Russisch.

Fläche: 603 550 km² (zweitgrößter Staat Europas)

Einwohner: 43,74 Mio. (Juli 2021)

Bevölkerungswachstum 2021: -0,49 %

Städte: Kiew – 3,01 Mio., Charkiw – 1,008 Mio., Odessa – 952 000

Sprachen: 67,5 % Ukrainisch, 29,6 % Russisch

Ärzte/1000 Einwohner: 2,99

Jugendarbeitslosigkeit: 19,3 %

BIP/Kopf (2019): 3 707 US-\$ (Rang 124; zum Vergleich: Österreich 50 380)

Korruptionsindex 2020: Rang 117 von 179

Landwirtschaft: einer der größten Getreideproduzenten der Welt (Weizen, Gerste, Sonnenblumen) → massive Auswirkungen auf den Weltagrarmarkt!

Russlands Krieg gegen die Ukraine

Seit 2021 verlegte Russland Truppen in die Grenzregionen zur Ukraine und nach Belarus. Die USA und die NATO brachten Truppen in angrenzende NATO-Länder, lieferten Kriegsgerät in die Ukraine und drohten mit massiven Sanktionen. Hektische diplomatische Bemühungen um eine Deeskalation des Konflikts scheiterten: Am 24. Februar 2022 marschierten russische Truppen vom Osten, vom Süden und vom Norden in die Ukraine ein und starteten eine Militäroffensive. Seither herrscht Krieg in der Ukraine, einem Land, dessen Westgrenze näher an Wien liegt als Vorarlberg. Russische Truppen rücken in Richtung der großen Städte und allen vorauf auf Kiew vor. Nach Ausschaltung der ukrainischen Luftwaffe setzen sie auf schwere Artillerie und Bombardements, die in den belagerten Städten wie Charkiw im Norden, Mariupol im Süden oder auch den Vororten Kiews schwere Zerstörungen anrichten. Laut UNO-Angaben verließen in den ersten zwei Kriegswochen über 2 Millionen Menschen das Land. Laut westlichen Militärexperten kommt der russische Vormarsch nicht wie erwartet voran: Gründe seien der ukrainische Widerstand, veraltetes Gerät und Logistikprobleme.

In der Ukraine verhängte Präsident Wolodymyr Selenskyi das Kriegsrecht. Die ukrainische Armee bekommt weitere Waffenlieferungen von etlichen NATO-Staaten. Tausende Freiwillige sind entschlossen, Widerstand gegen die russische Invasion zu leisten.

Die moderne Ukraine entstand nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 und orientierte sich Richtung Westen, was 2014 zu einer ersten Eskalation im Verhältnis mit Russland führte. Die **Euromaidan**-Bewegung erreichte den Sturz der russlandtreuen Regierung unter Janukowitsch, was einen Aufstand von russischen Separatisten in Teilen des **Donbass** (Luhansk und Donezk) auslöste. 2014 annektierte Russland die Halbinsel **Krim**. Seither verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine. Den Einmarsch am 24. Februar 2022 rechtfertigte Putin mit dem angeblichen Genozid an Russen im Donbass sowie der aus seiner Sicht notwendigen „De-Nazifizierung“ der Ukraine. In der UNO wurde der Krieg mit überwältigender Mehrheit als Bruch des Völkerrechts verurteilt. Die westlichen Staaten verhängten massive Wirtschaftssanktionen. In Russland werden kritische Berichterstattung und Kritik am Krieg unterdrückt.



M1 Darstellung der Ukraine, politische Gliederung in Oblasten (Kreise). Die Krim ist seit 2014 von Russland annektiert. Dort ist in Sewastopol ein wichtiger russischer Flottenstützpunkt.

M2 Der bulgarische Politologe Ivan Krastev in einem Interview mit Armin Wolf am 1. März 2022:

Herr Krastev, viele Beobachter sind ziemlich überrascht, dass die russische Armee bisher nicht in der Lage war, die Ukraine quasi zu überrennen, Kiew zu erobern und den Widerstand der ukrainischen Armee zu brechen. Sie auch?

Ja, ich war überrascht, weil es viele Vorhersagen gegeben hat, auch von den amerikanischen Geheimdiensten, dass die Russen das können. Aber in Wahrheit ist die Überraschung für uns vielleicht kleiner als für die russische Führung. Eine der übelsten Dinge in der Politik ist es, wenn man zum Opfer der eigenen Propaganda wird. Und das ist meiner Meinung nach der russischen Führung in diesem Fall passiert. Sie hat wirklich geglaubt, dass die Ukrainer sie als Befreier erwarten würden und sie mussten feststellen, dass sie als Besetzer begrüßt worden sind.

Was war oder was ist Wladimir Putins Ziel mit diesem Krieg? Was will er erreichen?

Präsident Putin hat im Juli letzten Jahres einen Essay geschrieben – und er hat ihn wirklich selbst geschrieben und nicht nur seine Unterschrift darunter gesetzt –, in dem er im Grundsatz behauptet, dass die Ukrainer und die Russen dasselbe Volk sind. Er verfolgt die Idee eines historischen Russlands, das zumindest aus Teilen der Ukraine, dem Osten der Ukraine, aus Belarus und aus Russland besteht. Er sieht sich da selbst als eine Art Wiedervereiniger der russischen Gebiete. In seiner Vorstellung – und Sie dürfen nicht vergessen, dass er 1990 in Ostdeutschland war und nicht in der Sowjetunion – war die Ukraine eine Art Ostdeutschland, das nur darauf gewartet hat, mit Russland wiedervereinigt zu werden. Als er mit dieser Operation begonnen hat, war seine Grundidee, die russische politische Sphäre wiederherzustellen. Das muss nicht bedeuten, dass die Ukraine formell ein Teil von Russland wird, aber er hat jedenfalls geglaubt, dass eine pro-russische Ukraine herauskommen wird. Und wenn der Preis dafür die Teilung der Ukraine sein sollte, war er bereit, das zu tun. [...]

Man könnte sogar argumentieren, dass Putin das genaue Gegenteil von dem erreicht hat, was er erreichen wollte: Er hat die Ukraine noch mehr Richtung Westen getrieben als je zuvor und er hat den Westen in einer nie da gewesenen Weise geeint, von beispiellosen Sanktionen, über eine militärische Aufrüstung in Deutschland bis zu Waffenlieferungen sogar aus dem neutralen Schweden.

Jemand hat kürzlich auf Twitter geschrieben, dass Putin mit seinem Angriff auf die Ukraine drei Dinge erreicht hat, die ihm wahrscheinlich nicht gefallen: Die Einheit Europas, das Ende der Neutralität von Schweden und das Ende des deutschen Pazifismus. Und die wesentliche Geschichte ist, dass dieser Krieg – ähnlich wie die Pandemie – die Wahrnehmung der Menschen beschleunigt, dass wir jetzt in einer anderen Welt leben als gestern. Plötzlich – und das hat man in Deutschland sehr klar gesehen – ändern sich alle diese Vorstellungen: Dass Deutschland keine Waffen verkauft; dass militärische Macht nicht wichtig wäre; dass es nur um wirtschaftliche Macht und um soft power geht. Plötzlich – innerhalb weniger Tage – reden die Europäer über die Welt auf eine völlig andere Art und Weise. Das erinnert mich sehr daran, wie Menschen in den 1920er und 1930er Jahren ihre Zeit als eine Nachkriegszeit wahrgenommen haben, nach dem Ersten Weltkrieg. Und wenn Historiker auf dieselbe Epoche schauen, sehen sie eine Zeit vor dem Krieg. Wir erleben jetzt einen solchen Moment, in dem man beginnt, die eigene Epoche anders wahrzunehmen. Das hat dieser Krieg erreicht. Und das ist meiner Meinung nach wirklich nicht das, was der russische Präsident erwartet hat.

Transkript: <https://www.arminwolf.at/2022/03/01/ist-putin-herr-krastev/> (06.03.2022)

Welche Interessen verfolgt Russland?

M3 Aus einem Hintergrundbericht der Deutschen Welle (DW):

Zu den eigenen Zielen äußerte sich die russische Regierung zunächst nur vage. Im Dezember überraschte der Kreml dann USA und NATO mit Entwürfen für zwei Abkommen, mit denen er den Einfluss des Westens in Osteuropa zurückdrängen will. Moskau verlangt darin einen Verzicht auf eine fortgesetzte NATO-Osterweiterung und auf US-Militärstützpunkte in Staaten der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre sowie den Abzug ausländischer Soldaten aus allen Ländern, die bis 1997 nicht Teil des Verteidigungsbündnisses waren. [...]

Für Russlands Präsident [geht] es auch immer wieder darum [...], vom Westen als globale Ordnungsmacht ernst genommen und auf Augenhöhe mit US-Präsident Biden wahrgenommen zu werden.

Moskau hat zudem noch weitere Ziele. Dazu gehört, dass der Westen die Annexion der Halbinsel Krim akzeptiert und die Sanktionen gegen Russland aufhebt. Moskau hofft darüber hinaus auf einen Regierungswechsel in Kiew, mit dem wieder russlandfreundliche Kräfte die Oberhand gewinnen.

<https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-droht-invasion-durch-russland-hintergrund-100.html> (06.03.2022)

- 1 Ermitteln Sie mithilfe von M2 und M3 mögliche Ziele der russischen Invasion.
- 2 Arbeiten Sie Aspekte von Putins Geschichtsbild heraus (M2). Überprüfen Sie diese mithilfe des Spiegel-Faktenchecks (→ Suchbegriffe: *spiegel fake ukraine-konflikt*).
- 3 Formulieren Sie einen Thesensatz zum letzten Teil des Interviews (M2).
- 4 Analysieren Sie den letzten Teil des Interviews (M2) auf mögliche Fehleinschätzungen Putins.
- 5 Nehmen Sie anhand von M4 und des Glossars (beides Seite 3) zu den völkerrechtlichen Aspekten des russischen Einmarschs in die Ukraine Stellung.

Invasion und Völkerrecht

M4 Der Wiener Völkerrechtsexperte Ralf Janik im Interview mit Armin Wolf:

Wir haben ein Interventionsverbot, wir haben ein Verbot von Krieg, wir haben ein Verbot von direkter und indirekter Gewalt. Und gegen all diese fundamentalen Regeln des Völkerrechts verstößt Russland hier, weil keine der Ausnahmen greift. Also weder hat die Ukraine Herrn Putin dazu eingeladen auf ukrainischem Territorium gegen die Ukraine vorzugehen, das wäre ja auch absurd, noch gibt es eine Resolution des UNO-Sicherheitsrats und es ist auch kein Fall von Selbstverteidigung. Also, weder können die sogenannten Volksrepubliken, die ja keine unabhängigen Staaten sind, eine solche Einladung aussprechen, noch ist es der Fall, dass Russland von der Ukraine angegriffen worden wäre. Man muss ja kein Militärstrategie sein, um zu wissen, dass ein Angriff auf Russland keine besonders gute Idee wäre.

Transkript: [https://www.arminwolf.at/2022/03/04/was-ist-im-krieg-nicht-erlaubt/\(07.03.2022\)](https://www.arminwolf.at/2022/03/04/was-ist-im-krieg-nicht-erlaubt/(07.03.2022))

Glossar

Minsker Abkommen: ab 2014 ausgehandelte Waffenruhe zwischen der Regierung in Kiew und den Separatisten im Donbass. Wurde von beiden Seiten immer wieder gebrochen und 2015 als Minsk II erneuert. Eine nachhaltige Waffenruhe wurde nicht erzielt. Nach UN-Angaben kamen seit 2014 bis 2022 13 000 Menschen ums Leben, mehr als 800 000 Menschen verließen ihre Heimat. Die Beobachter der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurden inzwischen abgezogen.

Budapester Memorandum: Mit der Auflösung der UdSSR (1991) „erbte“ die Ukraine ein großes Atomwaffenarsenal, das Russland nach dem Budapester Memorandum von 1994 bis 1996 abbaute. Im Gegenzug für den Verzicht auf die Atomwaffen durch die Ukraine, verpflichteten sich Russland, die USA und Großbritannien, die bestehenden Grenzen des Landes zu achten.

NATO-Osterweiterung:

Russland fürchtet um seinen Einfluss in Osteuropa

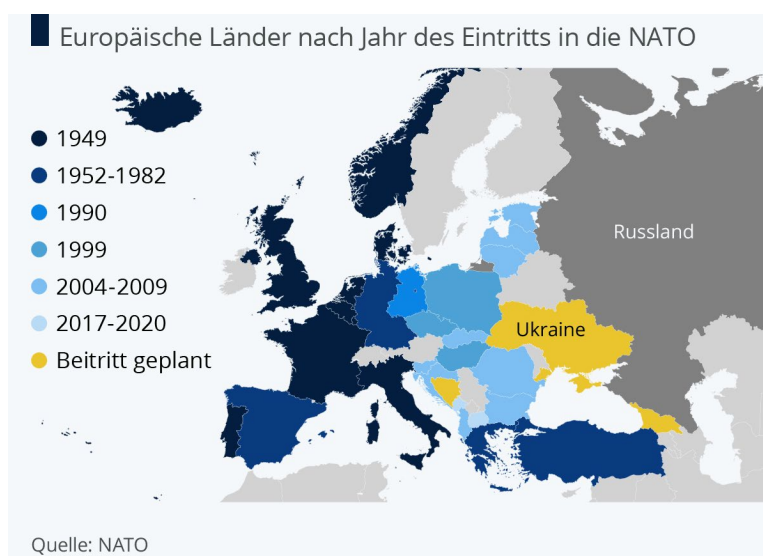
M5 Die „Neue Zürcher Zeitung“ zu den Hintergründen des Konflikts am 5. Februar 2022:

In mehreren Beitrittswellen seit dem Ende der Sowjetzeit haben sich Länder des einstigen kommunistischen Ostblocks der Nato angeschlossen. Auch drei frühere Teilrepubliken der Sowjetunion – Litauen, Lettland und Estland – gehören seit 2004 der Nato an. Mit der Ukraine und Georgien klopfen zwei weitere frühere Sowjetrepubliken in Brüssel an. Aus Rücksicht auf Moskau hat die Nato bisher auf Beitrittsgespräche verzichtet. Aber sie hat die militärische Zusammenarbeit mit den beiden Ländern ausgebaut. Auch dies will die russische Regierung nicht länger dulden.

Russland hat in der Ukraine auch wirtschaftlich an Einfluss verloren. Das ist weitgehend selbstverschuldet: Als Folge der russischen Militärintervention in der Ukraine sank der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern stark. Parallel dazu gewannen die Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union an Bedeutung.

Bis 2014 war die Frage eines Beitritts zur Europäischen Union und zur Nato in der Ukraine hoch umstritten. Doch in den letzten Jahren ist ein Beitritt immer populärer geworden. [Seit 2018 steht der Beitritt zur NATO in der ukrainischen Verfassung.] In einer vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie durchgeführten Umfrage von Mitte Dezember [2021] sprachen sich landesweit (ohne besetzte Gebiete) 67 Prozent für und nur 22 Prozent gegen einen Beitritt zur EU aus. Eine Nato-Mitgliedschaft hat mehr als doppelt so viele Anhänger wie Gegner. Zugleich zeigt sich, dass die Verbundenheit mit Russland und dem Erbe der Sowjetzeit schleichend abnimmt. Eine wachsende Mehrheit der Ukrainer fühlt sich laut Umfragen primär der ukrainischen Tradition verbunden. Mit dem russischen Kulturraum und Werten der Sowjetzeit identifizieren sich noch rund 13 Prozent der Bevölkerung, was ungefähr dem Anteil der Unterstützung für prorussische Parteien im Land entspricht. Seit einer ähnlichen Umfrage im Jahr 2006 hat sich dieser Anteil halbiert. Am höchsten ist er traditionell in der Ostukraine, aber auch dort ging er stark zurück. Der Kreml befürchtet daher, weiter an Einfluss in seinem früheren Machtbereich zu verlieren, und reagiert mit einem militärischen Muskelspiel.

<https://www.nzz.ch/international/ukraine-russland-konflikt-visuell-erklart-ld.1667495> (14.02.2022); *B-Schreibung angepasst*



M6 Infografik: Darstellung der NATO-Osterweiterung; *Quelle: NATO/statista*

Die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Russland und der Ukraine

Der Transformationsforscher Philipp Ther beschäftigt sich mit der jüngeren Entwicklung in Russland und der Ukraine. Dass die ukrainische Gesellschaft entlang von Sprachgrenzen gespalten sei, ist falsch, sagt der Transformationsforscher – ebenso wie Moskaus „Nazismus“-Vorwurf.

M7 Philipp Ther im Interview mit der Tageszeitung „Der Standard“ (09.03.2022):

Die Transformationsprozesse in Russland und der Ukraine sind nach dem Zerfall der Sowjetunion sehr unterschiedlich verlaufen. Warum eigentlich?

Ein grundsätzlicher Unterschied liegt darin, dass Russland aus der Konkursmasse eines Imperiums hervorgegangen ist und sich bald als Verlierer dieses imperialen Zusammenbruchs begriffen hat. Es gab aber ein paar Jahre, in denen dieser postimperiale Komplex noch nicht so stark war und in denen man auch die Vorteile einer Entwicklung zu einem normalen, demokratischen Staat gesehen hat.

Wann hat sich das geändert?

Diese Phase war vor allem wegen der Wirtschaftskrise in den 1990ern von kurzer Dauer. Aufgrund der Rubelkrise stand Russland 1998 am Rande des Staatsbankrotts, ein großer Teil der Mittelklasse ist ein weiteres Mal verarmt. Das hat den Weg nach Westen, genauer in den westlichen Kapitalismus, delegitimiert. Putins Macht und die Hoffnungen, die ursprünglich in ihn gesetzt wurden, beruhen auf diesem doppelten Zusammenbruch: erst dem der Sowjetunion und dann dem der Marktwirtschaft, die sich in Russland als Raubtierkapitalismus etabliert hat.

In Teilen trifft das aber auch auf die Ukraine zu.

Die Ukrainer haben 1991 mit großer Mehrheit für die Auflösung der Sowjetunion gestimmt. Auch davor gab es eine aktive Nationalbewegung, vor allem im Westen des Landes und in Kiew. So gesehen war die Ukraine eine befreite Nation. Und was die Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren betrifft: Diese war zwar fast so schlimm wie in Russland, hatte aber weniger verheerende Auswirkungen. Es gab zudem keinen so schockhaften Moment wie die russische Rubelkrise.

War der Entfremdungsprozess schleichend, oder gab es Schlüsselmomente?

In seiner zweiten Amtszeit ist Putin ab 2004 auf einen antiwestlichen und antiukrainischen Kurs umgeschwenkt. Die Ukraine hingegen bewegte sich während der Orangen Revolution aktiv auf den Westen zu. Hier trennten sich die Wege der beiden Länder. Putin hat Russland immer mehr in eine Autokratie verwandelt, während die Ukraine – wenngleich mit einigen Stolpersteinen – einen demokratischen Weg eingeschlagen hat.

Gab es ein ähnliches Auseinanderdriften aber nicht auch innerhalb der Ukraine?

Ich fand die westliche Wahrnehmung, wonach es sich um ein gespaltenes Land handelt, immer schon übertrieben. Die Ukraine ist flächenmäßig der zweitgrößte Staat Europas. Selbstverständlich gibt es dort starke regionale Unterschiede, ähnlich wie in Italien oder in Deutschland. Auch die Außenwahrnehmung, wonach die Bevölkerung entlang der Umgangssprache gespalten ist – also die häufige Gleichsetzung von russischsprachig mit prorussisch –, ist falsch. Man konnte jetzt sehen, wie sich etwa Charkiw, eine nahezu komplett russischsprachige Stadt, gegen die russische Armee verteidigt.

Ganz im Osten haben aber bereits 2014 zwei Regionen die prorussischen „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk ausgerufen.

Dort hatte der 2014 gestürzte Präsident Wiktor Janukowitsch seine Hochburgen. Putin hat den Regionalismus im Donbass dann für eine Intervention ausgenutzt. Doch die Ukraine ist eine Staatsbürgernation, in der es nicht auf die Umgangssprache oder gar die Abstammung ankommt, wie im traditionellen europäischen Nationsverständnis, sondern auf das Bekenntnis zu bestimmten Werten.



Die Demokratie dort hat seit 2014 besser funktioniert als etwa in Ungarn. Es gab einen freien Wettbewerb von Parteien und Medien, faire Wahlen und nicht zuletzt eine nahezu reibungslose Übergabe der Macht von den jeweiligen Verlierern der Wahl zu ihren Gewinnern.

Wie sehen Sie Putins Behauptung, die Ukraine müsse „entnazifiziert“ werden?

Das ist eine Chiffre für den Sturz der demokratischen Regierung, allerdings hat Putin schon 2013/2014 dieses Narrativ von den ukrainischen Faschisten gepflanzt, mit erstaunlicher Resonanz im Westen, vor allem unter der Linken. Neofaschistische Gruppierungen und Parteien sind in der Ukraine nach 2014 schwach geblieben. Sie haben zwar regionale Hochburgen, was historische Wurzeln hat, aber das zu einer faschistischen Gefahr aufzubauchen, ist übertrieben. Rechtsextreme Parteien haben zuletzt in anderen Ländern Europas deutlich bessere Wahlergebnisse erzielt. Das lag nicht zuletzt an der aktiven Unterstützung aus Russland, zum Teil sogar durch Finanzspritzen. Diese Verflechtungen sollten wir jetzt rasch aufdecken, auch in Österreich.

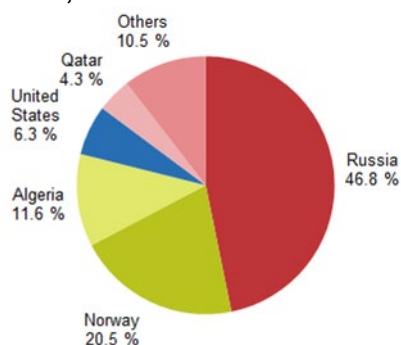
Gerald Schubert, zit. nach:

<https://www.derstandard.at/story/2000133943833/historiker-philipp-ther-die-ukraine-ist-eine-staatsbuergernation>
(09.03.2022)

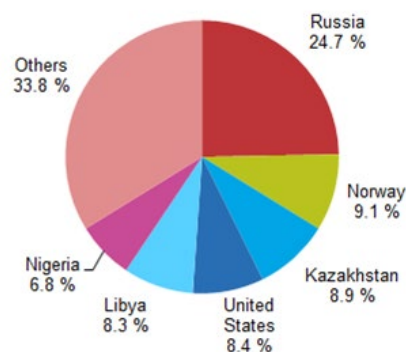
- 6 Skizzieren Sie anhand des Interviews (M7) die unterschiedliche Entwicklung Russlands und der Ukraine in den letzten drei Jahrzehnten.
- 7 Verfassen Sie einen kurzen Faktencheck zu Putins Kriegsziel einer „Entnazifizierung“ der Ukraine.
- 8 Nehmen Sie zur These einer „Spaltung“ der Ukraine Stellung.

M8 Russland: größter Energielieferant der EU

Wertmäßiger Anteil bei Erdgasimporten, 1. Halbjahr 2021:



Wertmäßiger Anteil bei Erdölimporten, 1. Halbjahr 2021:



Quelle: eurostat, Statistics explained

Österreich bezieht ca. 80 Prozent seines Erdgasbedarfes aus Russland. Die EU will die Abhängigkeit von russischem Gas durch alternative Anbieter (Flüssiggas), längere Laufzeiten von Kohle- und Atomkraftwerken und eine stärkere Förderung von erneuerbaren Energien erreichen. Die Energiepreise werden allerdings spürbar steigen.

- 9 Erläutern Sie die Rolle der NATO-Ostweiterung in diesem Konflikt (M5, M6).
- 10 Erklären Sie anhand von M8 die Rolle Russlands als wichtigster Energielieferant für die EU.
- 11 Diskutieren Sie die Wirksamkeit von Sanktionen gegenüber Russland (M9). Gehen Sie dabei auch auf deren globale Folgen ein.
- 12 Diskutieren Sie mögliche Auswirkungen einer Energiekrise auf Ihr persönliches Leben.

Die Energieabhängigkeit Europas von Russland und Sanktionen

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine verhängten die EU und die USA innerhalb kurzer Zeit beispiellose Sanktionen gegen Russland, das inzwischen gedroht hat, die Gaslieferungen über „Nord Stream 1“ einzustellen.

Sanktionen von EU und USA gegen die 351 Mitglieder der russischen Staatsduma (Auswahl, Stand: 9. März 2022)

- ▶ Beschränkungen der Fähigkeit des russischen Staates und der russischen Regierung, Zugang zu den Kapital- und Finanzmärkten und den Kapital- und Finanzmarktdienstleistungen (Kreditkarten) der EU zu erlangen
- ▶ keine Inbetriebnahme der **Ostsee-Pipeline Nord Stream 2**
- ▶ SWIFT-Ausschluss russischer Banken (Abschneiden russischer Banken von internationalen Finanzströmen, weitgehende Einschränkung des internationalen Zahlungsverkehrs)
- ▶ Unternehmen weltweit brechen Geschäftsverbindungen mit Russland ab (darunter Ölkonzerne, Automobilbranche, aber auch Hi-Tech-Konzerne oder Handelsfirmen wie IKEA, Nike, Starbucks etc.)
- ▶ EU, USA und Kanada sperren den Luftraum für russische Flugzeuge
- ▶ Weltsport isoliert Russland (Ausschluss russischer Sportlerinnen und Sportler, Entzug von internationalen Sportveranstaltungen etc.)
- ▶ USA verhängen Importstopp für russisches Öl, EU plant bis Ende 2022 eine Reduktion der Gaseinfuhr aus Russland um zwei Drittel

M9 Der Kapitalmarktexperte Mohamed A. El-Erian zu den wirtschaftlichen Folgen des Kriegs und der Sanktionen:

Am stärksten betroffen vom Krieg, das liegt auf der Hand, sind die ukrainische und die russische Wirtschaft. Die Wirtschaftstätigkeit in der Ukraine wird in diesem Jahr wahrscheinlich um mehr als ein Drittel schrumpfen, was die rasch eskalierende humanitäre Krise noch verschärft. [...]

Während Russland kein großes menschliches Leid oder physische Zerstörung erleidet, wird seine Wirtschaft aufgrund der beispiellos strengen Sanktionen, denen es jetzt unterworfen ist, ebenfalls um etwa ein Drittel schrumpfen. Insbesondere das Einfrieren der Guthaben der Zentralbank und der Ausschluss ausgewählter russischer Banken von SWIFT, dem Zahlungssystem, das die meisten internationalen Bankzahlungen ermöglicht, zwingen die Wirtschaft in die Knie. Eigenständige Sanktionen der Unternehmen, von Apple bis BP, werden den Schaden noch vergrößern. Russland steuert nun auf schwerwiegende Devisenknappheit, massive Warenknappheit, einen kollabierenden Rubel und wachsende Zahlungsrückstände zu. Die Konsumenten werden gelähmt sein, in der Erwartung, dass erst alles noch schlimmer wird, bevor es sich bessert. [...]

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges werden jedoch nicht auf die Länder beschränkt bleiben, die den Krieg führen. Der Westen spürt die Auswirkungen der Stagflation bereits. Der Inflationsdruck wird durch die steigenden Preise für Rohstoffe, einschließlich Energie und Weizen, noch verstärkt. Inzwischen hat eine weitere Runde von Unterbrechungen der Versorgungsketten begonnen, und die Transportkosten steigen erneut. [...]

Ohne eine rechtzeitige politische Reaktion ist in den Volkswirtschaften der Industriestaaten mit geringerem Wachstum, einer Verschärfung der Ungleichheit und größeren Leistungsunterschieden zwischen den Ländern zu rechnen. Insgesamt werden die USA wohl besser abschneiden als Europa, das wahrscheinlich in eine Rezession abrutschen wird. [...] Längerfristig muss er jedoch mit einer ernsthaften Herausforderung durch die verstärkten Bemühungen Chinas rechnen, ein alternatives System aufzubauen, und zwar einen wirtschaftlichen oder finanziellen Baustein nach dem anderen.

<https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/oekonomische-kriegsfolgen-europa-rutscht-in-die-rezession-die-usa-kommen-besser-davon/28141794.html>
(09.03.2022)



M10 Karte der Kampfhandlungen und der wichtigsten Grenzübergänge für Flüchtlinge; Karte wird laufend aktualisiert
 Quelle: Situation Report von OCHA (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs), Stand: 09.03.2022

Massenflucht: die humanitären Folgen des Krieges

Die Belagerung und Bombardierung großer Städte wie Kiew, Charkiv, Mariupol und anderer Städte forderte nach UNO-Angaben über 1 300 Tote (Stand: 8. März 2022) und löste eine massive Fluchtbewegung aus. Die Schaffung von Korridoren über die Evakuierung ist eine humanitäre Notwendigkeit, scheitert aber immer wieder an militärischen Übergriffen. In den belagerten Städten gibt es massive Versorgungsprobleme (Wasser, Strom, Arznei- und Lebensmittel).

In weniger als zwei Wochen seit Beginn des Krieges verließen über 2 Millionen Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder sowie ältere Menschen und viele Studierende aus anderen Ländern die Ukraine. Sie flüchten in die westlichen Landesteile und von dort weiter in die benachbarten Staaten. Die größte Stadt der Westukraine Lviv (Lemberg) beherbergt bei 721 000 Einwohnern derzeit über 200 000 Flüchtlinge.

Schon jetzt übertrifft die Fluchtbewegung jene des Jahres 2015. Auch wenn derzeit die Aufnahmebereitschaft in Polen und anderen EU-Ländern groß ist, sprechen Hilfsorganisationen schon jetzt von einem „Marathon“ bei Versorgung, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge.

Angesichts der riesigen Zahl von Schutzsuchenden haben sich die EU-Staaten darauf geeinigt, die Richtlinie zum temporären Schutz von Flüchtlingen (beschlossen 2001 infolge der Kriege in Jugoslawien) in Kraft zu setzen (M10). Offen ist die Verteilung der Hunderttausenden von Flüchtlingen, die in den Nachbarländern der Ukraine ankommen, auf alle EU-Länder.

- 13 Verschaffen Sie sich anhand von M10 sowie aktueller Medienberichte einen Überblick über Zahlen und Situation der Flüchtlinge.
- 14 Recherchieren Sie im Internet Möglichkeiten zur Unterstützung der Flüchtlinge.
- 15 Nehmen Sie Stellung zum besonderen Schutzstatus für Ukraine-Flüchtlinge (M11) sowie zur Aussage von Landeshauptmann Wallner (M12).

Besonderer Schutzstatus für Ukraine-Flüchtlinge

M11 Die Tagesschau fasst die wichtigsten Bestimmungen der Richtlinie wie folgt zusammen:

[Die Richtlinie] sieht Schutz für zunächst ein Jahr vor, verlängerbar auf insgesamt drei Jahre. Nach Angaben des französischen Innenministers Gérald Darmanin gilt dies „für alle, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten“.

Ein langwieriges Asylverfahren ist für den Schutzstatus nicht nötig, jedoch besteht das Recht, einen Asylantrag zu stellen, weiter. Zugleich werden den Schutzsuchenden Mindeststandards wie der Zugang zu Sozialhilfe und eine Arbeitserlaubnis garantiert. Die Richtlinie soll auch eine Überlastung der für Asylanträge zuständigen Behörden verhindern.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-schutzstatus-fluechtlinge-ukraine-101.html> (07.03.2022)

M12 Landeshauptmann Markus Wallner auf die Frage, ob sich die ÖVP bei Flüchtlingen aus der Ukraine leichter tue, weil es um Christen gehe: „Man soll nicht verschweigen, dass das eine Rolle spielt bei der Flüchtlingsaufnahme.“

Zit. nach: <https://www.profil.at/faktiv/gute-fluechtlinge-schlechte-fluechtlinge-oevp-spin-irrefuehrend/401930218> (08.03.2022)

Wie neutral kann Österreich angesichts des Kriegs in der Ukraine sein?

Nach Bundeskanzler Karl Nehammers Aussage, die Neutralität sei Österreich durch sowjetische Kommunisten „aufgezwungen“ worden, ließ die Reaktion von russischer Seite nicht lange auf sich warten: Bundeskanzler Nehammer wurde als Staatschef eines „scheinbar neutralen Österreich“ und seine Aussage, als „einseitig und empörend“ bezeichnet.

Außenminister Schallenberg wurde kritisiert, weil er Russland vorwarf, die gesamteuropäische Sicherheitsstruktur zerstört zu haben, was in Russland „ernsthafte Zweifel an der Qualität der in der letzten Zeit merklich sinkenden und erodierenden Wiener Neutralität“ auslöste. Das Außenministerium stellt in einem Tweet Österreichs Verständnis von Neutralität im Fall eines Bruchs des Völkerrechts klar (M13).

Der Wortwechsel mit Russland und Diskussionen in Schweden und Finnland über einen möglichen Beitritt zur NATO lösten auch in Österreich eine Debatte über ein Ende der Neutralität aus, die Bundeskanzler Nehammer mit der Bemerkung, Österreich war, ist und werde immer neutral sein, zu beenden versuchte. Jüngste Meinungsumfragen von Unique Research weisen gegenüber 2018 eine höhere Zustimmung zu Neutralität aus. Da das Neutralitätsgesetz im Verfassungsrang steht, bedarf es zu seiner Abschaffung einer Zweidrittelmehrheit im Parlament: Diese zeichnet sich derzeit nicht ab, da außer den NEOS keine Partei diesen Schritt befürwortet.

M14 Der Völkerrechtsexperte Ralf Janik zu Aspekten der Neutralität im ZIB2-Interview mit Armin Wolf:

Die eine Frage ist ja, ob man eine Aktion verurteilt und Stellungnahmen abgibt oder ob man zum Beispiel an wirtschaftlichen Sanktionen teilnimmt, wie es Österreich jetzt macht. Ist diese Teilnahme an Sanktionen mit der Neutralität vereinbar?

Diese Debatte hat sich beim EU-Beitritt gestellt und dann in den Jahren danach, wir haben das aber mittlerweile eindeutig für uns so geregelt, dass die Teilnahme an Wirtschaftssanktionen unsere Neutralität nicht verletzt.

Was dürfen wir denn als neutrales Land eindeutig nicht?

Ganz einfach ist, dass wir nicht der Nato beitreten dürfen und auch keine fremden Truppen dauerhaft auf unserem Gebiet stationiert haben dürfen oder fremde Militärbasen nicht auf unserem Gebiet stationieren dürfen. Das ist das Eindeutigste, was wir nicht dürfen.

Und was dürfen wir in diesem aktuellen Krieg nicht?

Da fangen wir mit einem Graubereich an. Da könnten oder da müssten wir jetzt sehr, sehr lang reden. Konkrete Fragen stellen sich zum Beispiel, wenn es Waffenlieferungen gäbe aus Österreich. Das wäre eine aktive militärische Unterstützung einer Konfliktpartei, das würde vor allem Russland nicht gefallen, da würde Russland uns auf die Schulter oder sonst wohin klopfen und sagen: Moment Leute, ihr seid immerwährend neutral, das geht jetzt zum Beispiel nicht.

Aber genau das macht jetzt das neutrale Schweden und das neutrale Finnland. Sie liefern Waffen an die Ukraine. Die sind auch neutral, warum dürfen die das und wir nicht?

Man muss zwischen den Begriffen Neutralität und Bündnisfreiheit unterscheiden. Das ist natürlich oft relativ nah beieinander, vor allem in der Praxis, aber Bündnisfreiheit wie bei Schweden und Finnland bedeutet vor allem: Wir treten keinem Militärbündnis bei, aber sonst nehmen wir uns schon mehr Spielraum heraus. Während Neutralität doch weitergreift und eben bedeutet, dass man in einem aktiven Konflikt nicht in irgendeiner Form militärisch zu stark eingreift. Oder eigentlich gar nicht eingreift.

<https://www.arminwolf.at/2022/03/04/was-ist-im-krieg-nicht-erlaubt/> (08.03.2022)

M13 Tweet des Ministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten:

Österreich ist militärisch gesehen ein neutraler Staat. Aber wir sind politisch niemals neutral, wenn es um die Achtung des Völkerrechts geht. Wir sind keineswegs neutral gegenüber Gewalt und wir werden nie schweigen, wenn die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit eines Staates angegriffen wird. Dagegen werden wir immer und auf allen Ebenen entschieden auftreten. Die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere der Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, ist unsere rote Linie.

https://twitter.com/MFA_Austria/status/1500181339907231756?s=20&t=ALzX7_wBjL1yRzA98YZAA (07.03.2022)

Die Neutralität diskutieren?

M15 Überlegungen des Experten für internationale Beziehungen Martin Senn:

1) Wir müssen uns überlegen, welche Rolle unsere Neutralität im europ. Bündnisfall spielen soll [...].

3) Wir müssen uns auch die Frage stellen, welchen Mehrwert die Neutralität jenseits der Sicherheit/Verteidigung bringt? Macht sie uns zu einem glaubwürdigen und gefragten Vermittler in Konflikten? Macht sie uns als Sitz internationaler Organisationen attraktiver?

https://twitter.com/SennMartin?ref_src=twsrc%5Egoogle%7Ctwcamp%5Eserp%7Cwgr%5Eauthor (08.03.2022)

- 16 Erläutern Sie anhand von M13 und M14 die Möglichkeiten eines neutralen Landes im aktuellen Krieg. Nehmen Sie dabei auch auf die Sanktionen Bezug.
- 17 Erklären Sie den Unterschied zwischen Neutralität und Bündnisfreiheit (M14, Beispiel Finnland und Schweden).
- 18 Nehmen Sie Stellung zum Tweet des Außenministeriums (13).

Kampfflugzeuge und Flugverbotszone für die Ukraine?

Der ukrainische Präsident Selenskyj verlangt von der NATO vehement und immer wieder die Verhängung einer Flugverbotszone über seinem Land. Polen machte den Vorschlag, der Ukraine über die NATO 28 MiG-29-Kampfflugzeuge zu überlassen. Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker der USA, der EU und der NATO, so etwa US-Präsident Biden und der deutsche Bundeskanzler Scholz, lehnen das bisher ab – zu groß ist das Risiko einer direkten Konfrontation mit Russland.

M16 Der Journalist Kim Son Hoang erklärt die Hintergründe in der Tageszeitung „Der Standard“ (10.03.2022):

Wie hat der Westen reagiert?

Die USA, die EU und zahlreiche europäische Länder wie Großbritannien, Deutschland oder Polen liefern unter anderem Panzerabwehrraketen, Flugabwehrraketen, gepanzerte Fahrzeuge, Sturmgewehre, Munition und Treibstoff an die Ukraine. Eine Flugverbotszone wird aber abgelehnt – würde dies doch ein direktes Eingreifen in den Krieg bedeuten. Kommt es zu einer Konfrontation von Nato-Streitkräften mit russischen Truppen, so die allgemeine Befürchtung, würde dies wohl den Dritten Weltkrieg heraufbeschwören. Aus demselben Grund wird bislang von einer Lieferung von Kampffjets abgesehen, auch wenn es da Gegenstimmen gibt – unter anderem aus Polen.

Wie lautet der Vorschlag Polens?

Polen fühlt sich dem angegriffenen Nachbarn besonders verbunden. Gleichzeitig misstraut es Russland zutiefst, wurde es doch schon mehrmals von dem Land besetzt. Polen will der Ukraine also mit allen Mitteln helfen, ohne selbst direkt in den Krieg mit hineingezogen zu werden. Dies führte zum – auch für die USA überraschenden – Vorstoß Warschau: Man wolle alle seine MiG-29 kostenlos auf den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Deutschland verlegen, damit die USA diese dann in die Ukraine befördert [...].

Wie haben die USA reagiert?

Überrascht vor allem, schließlich war dieser öffentlich vorgetragene Vorschlag Polens keineswegs mit Washington akkordiert. Wenn das US-Militär und konkret ein US-Luftwaffenstützpunkt ins Spiel kämen, würde das „ernsthafte Bedenken für das gesamte Nato-Bündnis“ aufwerfen, erklärte Pentagon-Sprecher John Kirby. Auch Deutschland und Kanada warnten am Mittwoch vor einer Lieferung von Kampffjets.

Wieso polnische Kampfflugzeuge?

Polen (28 MiGs) gehört laut dem Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) neben der Slowakei (14) und Bulgarien (11) zu jenen EU-Ländern, die über die alten sowjetischen Kampfflugzeuge MiG-29 verfügen. Das ist deshalb relevant, weil die Ukraine auch über diese Flugzeuge verfügt und deren Piloten daher auch nur diese fliegen könnten. Eine Umstellung auf eine andere Flugzeugtype würde eine Zeitlang dauern – Zeit, die die Ukraine nicht hat.

Welche Konsequenzen würden Lieferungen von Kampffjets haben?

Russland hat mehr als deutlich gemacht, was es von einer möglichen direkten Einmischung des Westens in der Ukraine hält: Präsident Wladimir Putin drohte in diesem Fall schon am vierten Tag der Invasion mehr oder weniger unverhohlen mit einem Nuklearschlag. Bereits die Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine sah Russland als Provokation. Und jüngst erklärte das Verteidigungsministerium: Sollten westliche Nachbarstaaten ukrainische Kampfflugzeuge beherbergen, würde man dies als „Verwicklung in den bewaffneten Konflikt“ ansehen. Ob Russland tatsächlich ein Nato-Land angreifen würde, ist unklar. Auf alle Fälle würde sich die Situation weiter verschärfen.



M17 Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, Fotografie, 2019

Inwiefern würde die Lieferung der Kampffjets der ukrainischen Armee nützen?

Militärexperte Franz-Stefan Gady vom IISS erklärte im Ö1-Morgenjournal, die Lieferung der MiG-29 sei „extrem gefährlich“, gleichzeitig aber hätten die Flugzeuge einen „geringen militärischen Wert“ – würden im Krieg in der Ukraine doch „nicht die großen Luftkämpfe stattfinden“. Anderer Meinung ist Kurt Volker, einst Ständiger Vertreter der USA bei der Nato und Sondergesandter für die Beziehungen zur Ukraine. Gegenüber USA Today erklärte er, eine rasche Zunahme an ukrainischen Jets würde einen „großen Unterschied“ ausmachen. Seiner Meinung nach würde sich die ukrainische Luftwaffe gegenüber der russischen Übermacht gut schlagen, eine zusätzliche Verstärkung wäre da sehr hilfreich: „Je mehr, desto besser“. Der Guardian schreibt, dass weitere Kampffjets dafür sorgen könnten, dass der ukrainische Luftraum zumindest eine Zeitlang nicht gänzlich unter russische Kontrolle fallen würde – und sich Moskau gut überlegen müsste, Kiew aus der Luft anzugreifen. Doch das Hauptproblem für die Ukraine sei nicht Russlands Luftwaffe, sondern dessen Artillerie. [...]

<https://www.derstandard.at/story/2000133974618/riskante-idee-im-kampf-um-die-lufthoheit-in-der-ukraine> (10.03.2022)

- 19 Erstellen Sie mithilfe von M16 eine Liste von Pro- und Kontra-Argumenten für die Lieferung von Kampffjets und eine Flugverbotszone. Diskutieren Sie diese Problematik in der Klasse.

Bildquellen und Materialien

- M1 | https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Karte_Ukraine.png?uselang=de#/media/File:Karte_Ukraine.png | © Sven Teschke (CC BY-SA 3.0)
- M2 | Transkript von Armin Wolf: <https://www.arminwolf.at/2022/03/01/ist-putin-herr-krastev/> (06.03.2022)
- M3 | <https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-droht-invasion-durch-russland-hintergrund-100.html> (06.03.2022)
- M4 | Transkript: <https://www.arminwolf.at/2022/03/04/was-ist-im-krieg-nicht-erlaubt/> (07.03.2022)
- M5 | <https://www.nzz.ch/international/ukraine-russland-konflikt-visuell-erklart-ld.1667495> (14.02.2022); ß-Schreibung angepasst
- M6 | <http://cdn.statcdn.com/Infographic/images/normal/26696.jpeg> | © NATO (CC BY-ND 4.0)
- M7 | Gerald Schubert, 09.03.2022, unter: <https://www.derstandard.at/story/2000133943833/historiker-philipp-ther-die-ukraine-ist-eine-staatsbuergernation> (09.03.2022)
- Bild Adobe Stock | © vallerato
- M8 | 1 | https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/9/95/Extra_EU_imports_of_natural_gas_from_main_trading_partners%2C_2020_and_first_semester_2021.png | © Eurostat (CC BY 4.0)
- M8 | 2 | https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Extra_EU_imports_of_petroleum_oil_from_main_trading_partners,_2020_and_first_semester_2021.png | © Eurostat (CC BY 4.0)
- M9 | <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/oekonomische-kriegsfolgen-europa-rutscht-in-die-rezession-die-usa-kommen-besser-davon/28141794.html> (09.03.2022)
- M10 | https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/2022-03-09_Ukraine%20Humanitarian%20Impact%20SitRep.pdf | © OCHA
- M11 | <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-schutzstatus-fluechtlinge-ukraine-101.html> (07.03.2022)
- M12 | Zit. nach: <https://www.profil.at/faktiv/gute-fluechtlinge-schlechte-fluechtlinge-oevp-spin-irrefuehrend/401930218> (08.03.2022)
- M13 | https://twitter.com/MFA_Austria/status/1500181339907231756?s=20&t=ALzX7_wBJL1yRzA98YZAA (07.03.2022)
- M14 | <https://www.arminwolf.at/2022/03/04/was-ist-im-krieg-nicht-erlaubt/> (08.03.2022)
- M15 | https://twitter.com/SennMartin?ref_src=twsrc%5Egoogle%7Ctwcamp%5Eeserp%7Ctwgr%5Eauthor (08.03.2022)
- M16 | <https://www.derstandard.at/story/2000133974618/riskante-idee-im-kampf-um-die-lufthoheit-in-der-ukraine> (10.03.2022)
- M17 | https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Volodymyr_Zelensky_Official_portrait.jpg | © <http://www.president.gov.ua/> (CC BY 4.0)

Informationsmaterialien

- ▶ Diese Zusammenstellung bietet Hintergrundinfos, Videos und Beiträge von anerkannten Einrichtungen und geprüften Quellen, die sich für den Einsatz im Unterricht rund um den Ukraine-Krieg eignen. Ein Tipp: Kommen Sie mit Ihren Schülerinnen und Schülern behutsam ins Gespräch, beispielsweise indem Sie ihren Wissensstand zur Thematik abfragen und ihre Ängste und Sorgen besprechen: <https://www.schule.at/unterrichtsportale/konflikt-in-der-ukraine>
- ▶ Laufend erweiterte Plattform mit Links zu Dossiers, Unterrichtsmaterialien und Hinweisen zur Bearbeitung des Themas im Unterricht: <https://www.politik-lernen.at/ukraine>
- ▶ Ausgewählte und aktuell ergänzte Angebote zum Thema sowie die europäische Presseschau euro|topics sowie eine kleine Mediathek und Hinweise zum Einsatz der Materialien im Klassenzimmer: <https://www.bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine>
- ▶ Umfassendes Informationsangebot des Landeservers für Politische Bildung Baden-Württemberg: <https://www.lpb-bw.de/ukraine-konflikt>
- ▶ Ausführliche privat erstellte Linksammlung für Lehrerinnen und Lehrer: <https://joschafalck.de/unterrichtsmaterial-ukraine/>
- ▶ Materialsammlung des Bildungsservers von Rheinland-Pfalz: <https://pl.bildung-rp.de/aktuelle-themen/ukraine-im-unterricht.html>
- ▶ Dossier mit Unterrichtsmaterialien zum Thema: <https://bildungsserver.hamburg.de/russland-ukraine-krieg/>
- ▶ Ausführliche gut gegliederte Linksammlung: <https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/besonderes/russlands-angriffskrieg-auf-die-ukraine-materialien-und-links-fuer-den-unterricht>

Unter folgenden Links finden sich Hinweise zu kurzen Erklärvideos sowie kurze Nachrichtenbeiträge zu den Hintergründen des Ukraine-Krieges:

- ▶ <https://www.lpb-bw.de/ukraine-konflikt#c83489>
- ▶ Wissenzgo-Beitrag (16'): Wem gehört die Ukraine?: <https://www.arte.tv/de/videos/100627-136-A/ukraine-tauziehen-zwischen-ost-und-west/>
- ▶ Der Ukraine-Russland-Konflikt visuell erklärt; mit zahlreichen anschaulichen Infografiken: <https://www.youtube.com/watch?v=CWhoALa6bTU>
- ▶ Die öffentlich-rechtlichen Medienhäuser bieten in ihren TV-Theken eine Fülle von aktuellen Beiträgen, Interviews, Berichten: <https://www.nzz.ch/international/ukraine-russland-konflikt-visuell-erklart-ld.1667495>
- ▶ Der Volltext der EU-Richtlinie zum temporären Schutz ist unter folgendem Link abrufbar: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32001L0055&from=DE> (07.03.2022)

Letzte Zugriffe (alle): 10.03.2022